

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Kurt Schönherr, Dresden, Postfach 10001, Schillerplatz 1, Telefon 10001

Redaktionsbüro: Dresden, Postfach 10001, Schillerplatz 1, Telefon 10001

Druck u. Verlag: Kurt Schönherr, Dresden, Postfach 10001, Schillerplatz 1

Amerika geschlossen hinter Hoover Innere Rückwirkungen seines Schrittes

Washington, 24. Juni. Um Frankreich zu zeigen, daß Amerika in seiner Gesamtheit geschlossen hinter dem Moratoriumsplan steht, hat Präsident Hoover einen ganz außergewöhnlichen Weg beschritten: Sämtliche Senatoren und Kongressmitglieder werden aufgefordert, dem Präsidenten sofort ihre Ansicht zum Moratoriumsplan mitzuteilen. Aus Washington abwesende Abgeordnete oder Senatoren sollen dies durch Telefon oder Telegraph tun. Diese Probeabstimmung wird ein positives Bild davon geben, wie die spätere formelle Abstimmung über die Zahlungsaussetzung im Kongress anfallen wird. Ingleich zeigt die Maßnahme Hoovers aber auch, wie sicher die Regierung der Zustimmung des Kongresses ist.

Ein Bericht des Washingtoner Korrespondenten der „Times“ befaßt sich eingehend mit den innerpolitischen Erwägungen in Amerika, die zu dem Hoover-Plan führten und dessen Folgen.

Die bisherige geringe Popularität des Präsidenten sei vollständig in das Gegenteil umgeschlagen; von den deutschen Elementen in den Vereinigten Staaten (lesen Tausende von Heftabschriften bei der republikanischen Parteioffiziersliste ein, nachdem erst noch vor zehn Tagen die Zentrale der Republikanischen Partei berichtet hatte, daß Hill nicht wegen der deutschen Stimmen so gut wie sicher für die Republikaner verloren sei. Auch auf Seiten der Gegner der Prohibition sei ein Umschwung zugunsten Hoovers eingetreten. Die Demokraten anerkannt, daß ihre Kandidaten für die Präsidentenwahl sich ganz wesentlich verringert hätten. Die Regierung weiß, daß irgendwelche Veränderungen in der Annahme des Hoover-Planes einen Rückschlag haben müßten. Die New Yorker Bankiers, die seit Wochen Hoover gedrängt hätten, Europa zu Hilfe zu kommen und ihm eine Erhöhung der Preise versprochen, hätten alles getan, um ihre Zusagen zu verwirklichen. Denn jedoch die europäischen Regierungen nicht schnell handeln, so bestünde die Gefahr einer Reaktion. Daraus erklärt sich der Eifer Hoovers, seinen Plan so schnell wie möglich angenommen zu sehen.

Hoover über den Vertrag von Versailles

London, 24. Juni. Der gegenwärtig in London weilende amerikanische Zeitungsmagnat Hearst veröffentlicht im „Daily Express“ und im „News Chronicle“ einen sensationellen Artikel, in dem er in der schärfsten Weise gegen Hoover Stellung nimmt. Er sagt u. a.: Der Weltkrieg sei eine europäische Angelegenheit gewesen, geführt für

europäische Zwecke des Angriffs und der Gebietsverweigerung. Amerika habe sich an ihm aus nicht ausreichenden Gründen beteiligt.

Amerika bezahle dann nicht nur seine eigenen Kriegskosten, sondern auch einen großen Teil der Kosten der fremden Nationen.

Die europäischen Nationen und Bankiers kämen nunmehr mit einer Revision der Kriegsschulden heraus, so daß die fremden Nationen noch weitere Erleichterungen für die Kosten und Folgen ihrer alten und rucklosen Kriegsgewohnheiten erlangten. Jeder amerikanische Politiker, der den amerikanischen Stenographen auffordere, für vergangene oder zukünftige europäische Kriege zu zahlen, sollte vom Kongress unter Anklage des Hochverrats gestellt werden. Am besonders wendet sich Hearst gegen Frank, das seine Schul-

den nicht bezahle und das Geld zum Aufbau einer gigantischen Kriegsmaschinerie zur Unterwerfung Europas verwende.

Frankreich sei immer noch im Kriegszustand gegen Deutschland. Der Versailler Vertrag sei kein Friedensvertrag, soweit er Frankreich betreffe.

Er sei lediglich ein verräterisches Mittel gewesen, seinen Feind in die Hand zu bekommen. In Europa werde so lange kein Frieden herrschen, bis Frankreich gezwungen werde, mit der Gesamtbevölkerung von Kriegern aufzuhören.

Italien habe den Vereinigten Staaten gegenüber seine Armut geltend gemacht. Es sei in dessen nicht zu arm, eine große Kriegsmaschinerie aufrechtzuerhalten. Die Alliierten wollten Geld für zukünftige Kriege sparen und deshalb Amerika für den letzten zahlen lassen.

Im übrigen lehnte sich Hearst für Coolidge als nächsten Präsidenten ein, der den Hoover'schen Plan als ein schändliches Stück der Ausraubung bezeichnet habe.

Mussolini stimmt herzlich zu

Die Antwort an Hoover

Rom, 24. Juni. Ministerpräsident Mussolini hat auf Grund des Vorschlages des Präsidenten Hoover ergetern dem italienischen Botschafter in Washington das folgende Telegramm übermittelt:

„Ich bitte Gner Cavagna, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, daß ich den Vorschlag des Präsidenten Hoover über die vollständige Einstellung der Schuldentilgungen der Regierungen während eines Jahres geprüft habe. Dieser Vorschlag legt Italien erhebliche Opfer auf; aber ich habe mich nach reiflicher Überlegung entschlossen, ihm grundsätzlich meine herzlichste Zustimmung zu erteilen. Ich behalte mir vor, der dortigen Regierung binnen kurzem einige Bemerkungen zugehen zu lassen, die dahin zielen, eine zugleich gerechte und praktische Anwendung der glüklichen Initiative der amerikanischen Regierung sicherzustellen, wie dies gewiß im Sinne der Vorschläge des Präsidenten liegt. Ich beschleunige mich dazu, daß die Initiative des Präsidenten, deren hohe moralische Bedeutung vom italienischen Volke voll gewürdigt wird, eine Periode wirksamer Zusammenarbeit zwischen den Völkern eröffnen kann, eine Zusammenarbeit, die überaus notwendig ist im gegenwärtigen Augenblick allgemeiner Schwierigkeiten und am Vorabend der Abrüstungskonferenz.“

Italienische Kritik an Frankreich

Rom, 24. Juni. Der lebhafteste und zustimmende Widerspruch, den das Angebot Hoovers in Italien ausgedrückt hat, ist auch durch die französischen Störungsbereiche nicht verringert worden. Der „Tevere“ erklärt im Gegenteil, daß der französische Unwille über den klugen amerikanischen Vorschlag nicht mit Stillschweigen übergangen werden könnte, nachdem unter allen europäischen Völkern allein Frankreich das Wort Hoovers nicht mit Genugtuung aufgenommen habe.

Frankreich allein lasse ein hartes Urteilnis für den geschicklichen Augenblick vermissen.

Mit Ironie bemerkt der „Lavoro Sacetta“: Frankreich hat den Krieg durch die Hilfe anderer gewonnen, vor allem aber hat es den Frieden fast allein gewonnen, der ihm in Europa eine Vorherrschaft garantiert, und wenn man aufsieht, worin der französische Friede besteht, so findet man die ganze Kette der Reparationen, Verträge, Bündnisse, die Frankreich wie ein Stahlkreis umgeben. Wenn man einen Punkt dieses Schutzgürtels berührt, so gefährdet man nach Ansicht der Franzosen schon ihre Sicherheit. Der Beweis dafür ist die Aufnahme des Hoover-Angebots in Frankreich. Wenn Frankreich sich nun dem einmütigen Willen aller anderen Staaten widersetzen müßte, so ergäbe sich daraus, daß seine Haltung von internationalen Beziehungen eng und englich ist.

Die französische Note an Hoover fertiggestellt

Veröffentlichung erst Freitag

Paris, 24. Juni. Um 1 Uhr mittags wird amtlich mitgeteilt, daß französische Ministerialrat habe den endgültigen Wortlaut der vermutlich recht umfangreichen Antwort an den Präsidenten Hoover fertiggestellt. Ministerpräsident Cavagna erklärte nach Schluß der Sitzung, daß er vorläufig nicht in der Lage sei, irgendwelche Einzelheiten aus dem Inhalt der Note der Öffentlichkeit preiszugeben. Die französische Denkschrift sollte dem Botschafter der Vereinigten Staaten im Laufe des heutigen Nachmittags zur Weiterleitung nach Washington überreicht werden. Die Veröffentlichung des Inhalts werde erst am Freitag erfolgen.

Deutschland soll zahlen, aber an die V33.

Paris, 24. Juni. Soweit bekannt geworden ist, erklärt sich die französische Regierung in ihrer Antwort mit dem Vorschlag Hoovers im Prinzip einverstanden, wünscht aber nicht, daß die Unantastbarkeit der ungeschuldeten Zahlungen irgendwie durch das Moratorium berührt wird, um keinen Präzedenzfall zu schaffen. Die französische Regierung stellt sich deshalb auf den Standpunkt,

daß Deutschland den ungeschuldeten Teil der Reparationen in Höhe von 613 Millionen Mark unbedingt abliefern müsse. Die V33 soll jedoch aufgefordert werden, diese Summe auf irgendwelchem Wege in der einen oder anderen Form der deutschen Wirtschaft wieder anzuführen,

so daß die Zahlung des ungeschuldeten Teils nur theoretisch erfolgt. Ob und in welcher Höhe für diese der deutschen Wirtschaft wieder geschuldete Summe Zinsen erhoben werden sollen, steht noch nicht fest. Es hat ferner den Anschein, daß die französische Regierung darauf verzichtet, daß die ausländischen Devisen, die für das Wirtschaftsjahr 1931 bis 1932 gebunden werden, gleichzeitig mit demjenigen überwiegen werden sollen, die für das Jahr 1933 bis 1934 fällig sind. Neben irgendwelchen Garantien, die die französische Re-

gierung etwa von Deutschland fordern könnte, ist bisher nichts verlausbart worden.

In den Pariser Blättern ist eine Verabredung eingetreten, nachdem festzuhalten scheint, daß die französische Regierung keineswegs auf die Überweisung des ungeschuldeten Teiles der Zahlungen verzichtet. Die in diesem Zusammenhang aus Amerika vorliegenden Nachrichten, Hoover werde jeden französischen Gegenorschlag höflich aber entschlossen ablehnen, werde nicht ernst genommen. Sauerwein erklärt im „Matin“:

Frankreich könne sich sehr wohl den amerikanischen Wünschen widersetzen, laufe aber Gefahr, für alle Zukunft als verantwortlich für sämtliche wirtschaftlichen oder sozialen Katastrophen gebrandmarkt zu sein.

Das französische Volk halte selbstverständlich an seinen Rechten fest; es halte aber auch ebensosehr an Frieden fest, und eine Politik, die die ganze Verantwortung einer Weltkriege auf Frankreichs Schultern laße, sei keine Politik des Friedens, sondern des Krieges. Der einzige Weg, den Frankreich augenblicklich beschreiten könne, sei der, den die Regierung einschlage und der zur Mitarbeit Frankreichs am Wiederaufbau Europas führe unter Wahrung der ihm im Hauptplan angehabenen Rechte.

Am Dienstagvormittag haben Botsprechungen der verschiedenen Parteigruppen über den amerikanischen Vorschlag stattgefunden. Bei den Radikalsozialisten gab Herr Lott einen ausführlichen Überblick über den Vorschlag Hoovers. Er erklärte, daß er der schärfste Gegner eines Moratoriums für den ungeschuldeten Teil der Reparationen sei. Es wurde beschlossen, von der Regierung das ungeschuldeten Teils zu fordern. Eine gleiche Haltung nahm auch die sozialistische Kammergruppe ein.

Botschafter von Oesch, der in der Nacht zum Dienstag von seiner Berliner Reise zurückgekehrt ist, hatte am Dienstagabend im Anschluß an die Kammerberatung eine Unterredung mit dem Außenminister Briand.

Rumänien wünscht Anleihen als Ausgleich

Washington, 23. Juni. Der rumänische Botschafter erklärte Pressevertretern über seinen Besuch beim Staatssekretär Stimson, Rumänien bedürfe des die rumänischen Zahlungen an die Alliierten übersteigenden Teiles der deutschen Reparationen zum eigenen Wiederaufbau. Wenn Rumänien dem Plan Hoovers zustimmen sollte, so müßte es die Garantie haben, daß ihm Anleihen für diese Zwecke gewährt werden. Stimson habe ihm erwidert, daß zunächst der Vorschlag Hoovers bedingungslos angenommen werden müsse, damit das Ziel einer Entspannung der Lage Deutschlands schnellstens erreicht werde. Wieder Anleihen könne man später reden.

Diplomatenbesprechung in Washington

Berlin, 24. Juni. Staatssekretär Stimson hat am Dienstag die diplomatischen Vertreter Deutschlands, Englands, Italiens, Bulgariens, Jugoslawiens, Rumäniens und der Tschechoslowakei zu Botsprechungen über Präsident Hoovers Vorschlag empfangen. Mit Rücksicht auf gewisse in französischen Blättern zum Ausdruck gebrachte Empfindlichkeiten wegen einer angeblichen Uebereumpelung der französischen Regierung wurde im Staatsdepartement folgende Erklärung abgegeben: „Der amerikanische Vorschlag ist vor seiner endgültigen Formulierung nicht mit irgendeiner fremden Regierung besprochen worden. Der Präsident, der die Lage in Deutschland, wie man versteht, kann, mit großer Beforgnis verfolgt hat, dankte, als die deutsche finanzielle Krise an den beiden letzten Tagen der vorigen Woche gelute, daß, sofern er nicht sofort handeln, eine Katastrophe unmittelbar bevorstehe, und Frankreich war die erste der fremden Mächte, die in Kenntnis gesetzt wurde, als er sich zum Handeln entschloß. Das war am Freitag.“

Europäische Stimmungs Anfang Juli

Washington, 24. Juni. Staatssekretär Stimson erklärte, daß er damit rechne, daß bis Ende dieses Monats die Zusagen der bisher noch unentschiedenen Regierungen ein- treffen werden, so daß er Anfang Juli seine Europareise antreten könne.

Konzertpl.
Bernhard
Konzertpl.
Bernhard
Konzertpl.
1931 Land-
Schönstedt
Konzertplatz
Inla, Gold-
Hochzeit
Überbergwerk
tern, Rest.
Broda,
V. Laudel,
Konzertplatz
Deutsch
mann-Grch.
Konzertplatz
Freitag,
höchste-
Frau im
ell